

21.11.2019

Beschlussempfehlung und Bericht

des Haushalts- und Finanzausschusses

zu dem Gesetzentwurf
der Landesregierung
- Drucksachen 17/7200 und 17/7800 (Ergänzung) -

2. Lesung

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2020 (Haushaltsgesetz 2020)

Einzelplan 14 - Ministerium für Wirtschaft, Innovation und Digitalisierung

Berichterstatter

Abgeordneter Christian Loose

Beschlussempfehlung

Der Entwurf des Einzelplans 14 wird unverändert angenommen.

Datum des Originals: 21.11.2019/Ausgegeben: 22.11.2019

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Bericht

A Beratungsergebnis der Fachausschüsse

Der Entwurf des Einzelplans 14 wurde vom Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung und dem Ausschuss für Digitalisierung und Innovation beraten. Zu den Beratungen lag mit der Vorlage 17/2328 der Erläuterungsband zum Einzelplan 14 vor. Zu den Beratungen im Ausschuss für Digitalisierung und Innovation lagen die Vorlagen 17/2510 und 17/2585 vor. Zu den Beratungen im Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung lag die Vorlage 17/2564 vor.

- a) Der Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung hat den Einzelplan 14, Zuständigkeitsbereich des Ausschusses, in seinen Sitzungen am 2. Oktober 2019, 30. Oktober 2019 beraten und in seiner Sitzung am 18. November 2019 abschließend beraten und abgestimmt. Dort lagen neun Änderungsanträge der Fraktionen vor. Diese wurden abgelehnt. Das jeweilige Abstimmungsverhalten der Fraktionen ergibt sich aus der Vorlage 17/2752. Der Einzelplan 14 wurde dort mit den Stimmen Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der AfD-Fraktion unverändert angenommen.
- b) Der Ausschuss für Digitalisierung und Innovation hat den Einzelplan 14, Zuständigkeitsbereich des Ausschusses, in seinen Sitzungen am 26. September 2019 beraten und in seiner Sitzung am 7. November 2019 abschließend beraten abgestimmt. Dort lag ein Änderungsantrag der Fraktion der SPD zur Abstimmung vor. Das Ergebnis und das Abstimmungsverhalten der Fraktionen ergeben sich aus der Vorlage 17/2682. Der Einzelplan 14, Zuständigkeitsbereich des Ausschusses, wurde mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der AfD-Fraktion unverändert angenommen.

B Ergebnisse des Berichterstattegesprächs

Ein Berichterstattegespräch war entbehrlich.

C Votum des Unterausschusses Personal

Das für alle Einzelpläne zusammengefasste Ergebnis der Beratung des Personaletats im Unterausschuss Personal ist der Vorlage 17/2750 zu entnehmen. Der Unterausschuss Personal hat sein Votum zum Personaletat in seiner Sitzung am 19. November 2019 abgegeben.

Änderungsanträge lagen dort nicht vor. Der Personaletat des Einzelplans 14 wurde im Unterausschuss Personal mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der AfD-Fraktion unverändert angenommen.

D Votum des Unterausschusses BLB, Landesbetriebe und Sondervermögen

Mit der Vorlage 17/2751 votiert der Unterausschuss BLB, Landesbetriebe und Sondervermögen zu den Kapiteln:

14 820	Information und Technik Nordrhein-Westfalen - Landesbetrieb
14 830	Geologischer Dienst Nordrhein-Westfalen - Landesbetrieb
14 840	Landesbetriebe Mess- und Eichwesen Nordrhein-Westfalen
14 850	Materialprüfungsamt Nordrhein-Westfalen

Änderungsanträge lagen dort nicht vor.

Der Unterausschuss votierte mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD für eine unveränderte Annahme des Einzelplans 14, Zuständigkeitsbereich des Unterausschusses BLB, Landesbetriebe und Sondervermögen.

E Abschließende Beratung im Haushalts- und Finanzausschuss

Das Ergebnis der Beratungen einzelplanübergreifender Anträge ist dem Bericht zum Einzelplan 20 - Drucksache 17/8020 - zu entnehmen. Das Ergebnis der Beratungen zum Haushaltsgesetz (Text) ergibt sich aus Drucksache 17/8000.

Der Haushalts- und Finanzausschuss hat sich am 21. November 2019 abschließend mit dem Entwurf des Einzelplans 14 befasst. Dort lagen 12 Änderungsanträge der Fraktionen vor. Die Antragstellung, die Abstimmungsergebnisse und das jeweilige Abstimmungsverhalten ergeben sich aus dem Anhang.

F Abstimmung

In der abschließenden Abstimmung zur 2. Lesung wurde der Entwurf des Einzelplans 14 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der AfD-Fraktion **unverändert angenommen**.

Martin Börschel
Vorsitzender

<u>Anhang</u>	2 Änderungsanträge der Fraktion der SPD
	3 Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
	7 Änderungsanträge der Fraktion der AfD

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 14
zum Haushaltsgesetz 2020**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																												
	AfD	<p>Kapitel 14 010 Ministerium</p> <p>Titel 541 30 Ausgaben für Repräsentationsmaßnahmen im Rahmen von Messen, Ausstellungen, Kongressen usw.</p> <p>Zurückführung auf den Ansatz des Jahres 2018</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2020</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2019</td> </tr> <tr> <td>von 2.475.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">2.475.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 575.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 1.900.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Der mangelnde Fortschritt der sog. Energiewende ist greifbar, kann aber nicht durch gesteigerte Werbeaufwendungen kompensiert werden. Der Zuwachs der Mittel für die Messe „E-world of Energy & Water“ von 30.000 Euro in 2018 auf 200.000 Euro in 2019 und 2020 ist unnötig. Auch der Aufwuchs der Aufwendungen für die Messe WindEnergy von 100.000 Euro in 2018 auf in 2020 nunmehr 225.000 Euro bewirkt in der im Niedergang begriffenen Windindustrie nichts, der Ansatz ist zu streichen oder in der Gesamtschau des Titels deutlich zu beschränken. Ohnehin sind Präsenzmessen nicht Teil eines zukunftsfähigen Informationskonzeptes.</p>	HH 2020	Ansatz lt. HH 2019	von 2.475.000 Euro	2.475.000 Euro	um 575.000 Euro		auf 1.900.000 Euro		<p>Votum AWEL abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>AfD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> </table> <p>HFA abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>AfD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
HH 2020	Ansatz lt. HH 2019																														
von 2.475.000 Euro	2.475.000 Euro																														
um 575.000 Euro																															
auf 1.900.000 Euro																															
CDU	nein																														
SPD	nein																														
FDP	nein																														
GRÜNE	nein																														
AfD	ja																														
CDU	nein																														
SPD	nein																														
FDP	nein																														
GRÜNE	nein																														
AfD	ja																														

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 14
zum Haushaltsgesetz 2020**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	AfD	<p>Kapitel 14 300 Klimaschutz und Energiewende</p> <p>Streichung des Baransatzes.</p> <p>HH 2020 von 164.625.900 Euro um 164.625.900 Euro auf 0 Euro</p> <p>Ansatz lt. HH 2019 127.710.710 Euro</p> <p>Begründung: Die sog. Hockeystick-Kurve hat sich als fake-news entpuppt, weiterhin kann kein einziger Experte aus dem IPCC-Umfeld ein Klima-Modell anführen, das die vorindustrielle Klimageschichte reproduziert: Kein bekanntes Klimamodell ist in der Lage, eine heute bereits bekannte Vergangenheit abzubilden. Dies bedeutet, dass die dort genutzten Klimamodelle auch nicht in der Lage sein können, eine zukünftige Entwicklung voraus zu sagen. Solange aber kein einziges Klima-Modell in der Lage ist, die Vergangenheit abzubilden, sind die vom IPCC heran gezogenen Modelle untauglich für die Prognose der zukünftigen Klimaentwicklung und deren Ergebnisse somit wertlos. Wertlos sind damit auch die daraus abgeleiteten politischen Maßnahmen zur Beeinflussung der weltweiten Durchschnittstemperatur und es findet sich kein einziges Argument, hierfür Steuergelder aufzuwenden. Verwiesen sei auch auf die „Erklärung der 500“, in der mittlerweile über 500 renommierte internationale Wissenschaftler die politikbestimmenden Thesen des IPCC widerlegen.</p>	<p>Votum AWEL abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD nein FDP nein GRÜNE nein AfD ja</p> <p>HFA abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD nein FDP nein GRÜNE nein AfD ja</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 14
zum Haushaltsgesetz 2020**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis	
	GRÜNE	<p>Kapitel 14 300 Titelgruppe 64 Titelnummer 633 64 332 und Gemeindeverbände</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>2020 von 0.000.000 Euro um 40.000.000 Euro auf 40.000.000 Euro</p> <p>Begründung: Die Landesregierung muss das kommunale Klimaschutz- und Klimaanpassungsmanagement stärker unterstützen. Die Kommunalrichtlinie des Bundesumweltministeriums bietet Kommunen zwar attraktive Fördermöglichkeiten für das kommunale Klimaschutzmanagement, insbesondere für die erstmalige Erstellung von Klimaschutzkonzepten und den zeitlich befristeten Aufbau von Personalkapazitäten. Klimaschutzmanagerinnen und -manager werden aufgrund der Fördersystematik jedoch häufig nur befristet eingestellt und bei Beendigung der Förderung nicht weiter beschäftigt. Damit endet nicht selten auch die Umsetzung und Fortschreibung von</p>	<p>Energiewende und Klimaschutz Zielgruppenorientierter Klimaschutz Sonstige Zuweisungen an Gemeinden</p> <p style="text-align: center;">Ansatz lt. HH 2019</p> <p style="text-align: right;">750.000 Euro</p>	<p>Votum AWEL abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD nein FDP nein GRÜNE ja AfD nein</p> <p>HFA abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD nein FDP nein GRÜNE ja AfD nein</p>

		<p>Klimaschutzkonzepten, bei welchen auch nur die erstmalige Erarbeitung gefördert wird. Hier sollte das Land NRW seine Verantwortung anerkennen und eine landesseitige Anschlussförderung des Klimaschutzmanagements, nach Auslaufen der maximal fünfjährigen Förderung des Bundesumweltministeriums, mit vergleichbaren Fördersätzen sicherstellen. Insbesondere soll das Land die Weiterbeschäftigung von Klimaschutz-Managerinnen und -Managern fördern, die Einrichtung eines Klimaanpassungsmanagements und die Fortschreibung von (integrierten) Klimaschutzkonzepten.</p>	
--	--	---	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 14
zum Haushaltsgesetz 2020**

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag- steller (Fraktion/ en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungs- ergebnis
	SPD	<p>Kapitel 14 500 Digitales Titelgruppe 72 Einrichtung von Testfeldern für die Einführung der 5G Schlüsseltechnologie</p> <p>Titel 686 72 Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland</p> <p style="text-align: right;">2020 Ansatz lt. HH 2019</p> <p>von 8.429.000 Euro 24.500.000 Euro um 10.000.000 Euro auf 18.429.000 Euro</p> <p>Erläuterung: <i>Die zusätzlichen Mittel von 10.000.000 € sollen der weiteren Förderung der 5G Technologie dienen.</i></p> <p><u>Begründung:</u> Die Mittel des Landes sollen erhöht werden, um die Etablierung der 5G Technologie in Nordrhein-Westfalen zu unterstützen.</p>	<p>Votum ADI abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD ja FDP nein GRÜNE Enth. AfD nein</p> <p>HFA abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD ja FDP nein GRÜNE Enthaltung AfD nein</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 14
zum Haushaltsgesetz 2020**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	AfD	<p>Kapitel 14 500 Digitales</p> <p>Titel 883 74 Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;">2020</td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 40%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2019</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>15.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">30.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>15.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>30.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Ein Absenken der Investitionszuweisungen ist auch für 2020 fehl am Platz. Angesichts der weiterhin bestehenden großen Rückstände an Breitbandanschlüssen in den Schulen von Nordrhein-Westfalen, sollte die 2018 proklamierte landesweite Digitalisierungsoffensive nicht schon 2020 die Luft ausgehen. Es ist zu erwarten, dass durch Absprachen der großen Telekommunikationsanbieter auch die bisher als weiße NGA-Flecken gekennzeichneten Gebieten entgegen bisheriger Planung bewirtschaftet werden können. Darauf sollte das Land mit der in der Titelgruppe 74 vorgesehene Förderung vorbereitet sein.</p>	2020		Ansatz lt. HH 2019	von	15.000.000 Euro	30.000.000 Euro	um	15.000.000 Euro		auf	30.000.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
2020		Ansatz lt. HH 2019																							
von	15.000.000 Euro	30.000.000 Euro																							
um	15.000.000 Euro																								
auf	30.000.000 Euro																								
CDU	nein																								
SPD	nein																								
FDP	nein																								
GRÜNE	nein																								
AfD	ja																								

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 14
zum Haushaltsgesetz 2020**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																												
	AfD	<p>Kapitel 14 730 Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes</p> <p>Titelgruppe 97 Tourismus</p> <p>Titel 685 97 652 Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen</p> <p>Zurückführung auf den Ansatz des Jahres 2018</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2020</td> <td style="width: 50%;">Ansatz lt. HH 2019</td> </tr> <tr> <td>von 3.155.000 Euro</td> <td>2.555.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 1.238.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 1.975.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Der prosperierende Tourismus in NW bedarf keiner entsprechend hohen, immer weiter zunehmenden Förderung. Zu hohe Mittel begünstigen Fehlentwicklungen: Die behauptete Schaffung einer Marke „Urbanana“ ist fehl gegangen und hat sich in keiner Weise als erkennbare Marke etabliert, offenbar waren entsprechende Aufwendungen alleine dazu geeignet, das Personal von Tourismus NRW auszulasten, ein Straffung des Geschäftsbetriebes ist angezeigt.</p>	HH 2020	Ansatz lt. HH 2019	von 3.155.000 Euro	2.555.000 Euro	um 1.238.000 Euro		auf 1.975.000 Euro		<p>Votum AWEL abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>CDU</td><td>nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td>nein</td></tr> <tr><td>FDP</td><td>nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td>nein</td></tr> <tr><td>AfD</td><td>ja</td></tr> </table> <p>HFA abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>CDU</td><td>nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td>nein</td></tr> <tr><td>FDP</td><td>nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td>nein</td></tr> <tr><td>AfD</td><td>ja</td></tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
HH 2020	Ansatz lt. HH 2019																														
von 3.155.000 Euro	2.555.000 Euro																														
um 1.238.000 Euro																															
auf 1.975.000 Euro																															
CDU	nein																														
SPD	nein																														
FDP	nein																														
GRÜNE	nein																														
AfD	ja																														
CDU	nein																														
SPD	nein																														
FDP	nein																														
GRÜNE	nein																														
AfD	ja																														

